

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Regulärpreis: Einzelnummer 15 Pf. — Durch Kundträger oder durch die Post: monatlich 1,85 RM, vierteljährlich 4,95 RM. frei ins Haus.

Postfach Nr. 22885  
„Sozialistischer Verlag“ o. G. m. b. H., Breslau.

Anzeigenpreis: Die 8spaltige Balkenzeile über deren Raum 125 RM, anwärts 1,60 RM. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familienangelegenheiten, Verträge und Bekanntmachungen 8,00 RM. Kleinanzeigen: Die Zeilenzeile, beidseitig über deren Raum, hinter Text 4,- RM.

## Ein Gruß nach Frankreich.

Gegenwärtig togt in Straßburg der Parteitag der französischen Sozialisten. Unserer Parteileitung war es leider infolge von Papierschwierigkeiten unmöglich gemacht, unserer Anteilnahme an den Beratungen unserer französischen Genossen durch Entsendung eines Vertreters Ausdruck zu geben. Die Parteileitung hat deshalb sich darauf beschränken müssen, folgendes Begrüßungsschreiben an den Parteitag zu richten:

An den Kongreß der Französischen Sozialistischen Partei in Straßburg.

Werte Genossen!

Wir senden Euch brüderliche Grüße und wünschenden Euren Beratungen die besten Erfolge für Eure Bewegung in Frankreich und für die Bewegung des internationalen Klassenbewußten Proletariats aller Länder.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß Eure Beschlüsse in der Frage der Internationale dazu beitragen werden, bald wieder eine aktionsfähige Front der Arbeiter aller Länder dem internationalen Kapital entgegenzustellen.

Die Sorge um die Internationale lastet auf allen revolutionären sozialistischen Parteien. Die unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands hat den Bruch mit der 2. Internationale vollzogen, weil diese aufgehört hatte, den proletarischen Klassenkampf rücksichtslos zu führen und jede Politik abzulehnen, die lediglich Reformen innerhalb des kapitalistischen Klassenstaates erstrebt. Die 2. Internationale hat dadurch ihre moralische Autorität beim sozialistischen Proletariat eingebüßt.

Unsere Partei wird alles daran setzen, um eine mit dem revolutionären Geist erfüllte, zur Aktion bereite Internationale schaffen zu helfen. Dabei leitete uns auch die Erwägung, daß zur erfolgreichen Führung des revolutionären proletarischen Kampfes der Zusammenhang und die Vereinigung mit dem Proletariat der westeuropäischen Staaten eine zwingende Notwendigkeit ist und daß durch Verhandlungen mit der Moskauer Internationale und den revolutionären Parteien der anderen Länder eine Verständigung im Geiste unseres in Leipzig beschlossenen Aktionsprogramms erreicht werden müsse. In diesem Sinne haben wir unmittelbar im Anschluß an den Leipziger Kongreß einen Appell gerichtet an die 3. Internationale, an die revolutionären Parteien anderer Länder, auch an Euch. Wir fügen nochmals eine Abschrift eines Appells bei, obwohl wir ihn Euch bereits zugestellt haben.

Wir haben weiter sofort nach dem Leipziger Parteitag persönlich mit dem Genossen Nabel Rücksprache genommen und Genosse Nabel hat sich bereit erklärt, bei der 3. Internationale unseren Wunsch nach einer Konferenz mit der Moskauer Internationale und den Parteien, die sich Moskau anschließen wollen, befürwortend zu vertreten. Außerdem haben wir mit einer Anzahl von führenden Genossen anderer Länder persönlich Fühlung genommen, so daß unsere internationalen Beziehungen nach dem Leipziger Parteitag recht lebendig geworden sind. Wir verständigten uns in der Parteileitung dahin, nach den Verhandlungen Eures Kongresses in Straßburg erneut an Moskau heranzutreten, weil Eure Beschlüsse die internationale Situation weiter klären und dazu beitragen werden, durch Verständigung mit der 3. Internationale eine geschlossene Front des revolutionären Proletariats herbeizuführen.

Wir benutzen diese Gelegenheit, Euch kurz über die gegenwärtige Situation in Deutschland zu unterrichten. In Deutschland ist die Reaktion durch die konterrevolutionäre Politik der Moskajsozialisten erstarkt. Das hat zur Folge gehabt, daß die durch die rechtssozialistische Kriegspolitik hervorgerufene Spaltung

## Arbeiter!

## Angestellte!

### erscheint in Massen!!

zu den öffentl. Versammlungen am Freitag, den 5. März  
abends 7 Uhr

in den Lokalen: Tanzpalast Metropol, Bohestr. 45  
und Sanssouci, Mehlgasse 11.

## Thema: Die Betriebsratswahlen vor der Tür!

Referenten: Gen. Bernh. Schottländer u. Erich Kunitz.

U. S. P. D. Ortsgruppe Breslau.  
Der Ortsrat.

der deutschen Arbeiterklasse nach dem November 1918 noch vertieft worden ist. Die rechtssozialistisch-bürgerliche Regierung ist die Gegenpartei der Reaktion. Sie ist ohnmächtig gegenüber den Militaristen und Nationalisten in Deutschland und sucht durch fortgesetzte Konzessionen an die Reaktion ihre Stellung zu behaupten. Gegen die Arbeiterklasse aber und besonders gegen den Teil, der an dem revolutionären Klassenkampf teilnimmt, werden die schärfsten Maßnahmen getroffen. Verlagerungszustand, Presseverbote, Streikverbote, Verhaftungen sind an der Tagesordnung. Sogar einer der Vorstehenden unserer Partei, Genosse Dämmig, ist seit Wochen in sogenannter Schutzhaft.

Die deutschen militaristischen und nationalistischen Kreise, die konsequentesten Reaktionäre fühlen sich trotz alledem noch nicht stark genug, durch einen offenen Aufstand die Regierungsgewalt an sich zu reißen. Besonders fürchten sie mit Recht, daß bei einem offenen reaktionären Aufstand die gesamte Arbeiterklasse sich zusammenschließen und daß auch in weiten bürgerlichen Schichten eine solche Aktion nicht populär sein würde. Darum betreibt die Reaktion eine besonders raffinierte Taktik: Agrarier sabotieren die Bestellung von Aekern, halten planmäßig Lebensmittel zurück, Großkapitalisten treiben Sabotage, schließen vielfach ihre Betriebe und wenn die Betriebe nach einiger Zeit wieder geöffnet werden, wird eine Auslese unter den Arbeitern vorgenommen. Vertrauensmänner des revolutionären Proletariats will man nicht mehr einstellen, um sie auf diese Weise unschädlich zu machen.

Das reaktionäre Bürgertum in den Städten und die reaktionären Grundbesitzer auf dem flachen Lande verfügen über Waffen und Munition. Die Arbeiterklasse ist entwaffnet. Der Plan der Reaktion ist offensichtlich, durch ihre Sabotage in der Produktion und Lebensmittelversorgung die jetzige Regierung noch mehr zu erschüttern und sie zum endgültigen Zusammenbrechen zu bringen.

Die Rechtssozialisten aber halten trotzdem an der Koalition mit den bürgerlichen Parteien fest und verlängern die Lebensdauer einer Regierung, die von Tag zu Tag mehr zur bloßen Platzhalterin der Reaktion geworden ist. Sie verhindern dadurch den Zusammenschluß der deutschen Arbeiterklasse auf dem Boden der proletarischen Revolution und beeinträchtigen seine Abwehrkraft gegenüber der fortschreitenden Reaktion.

Diese Situation zwingt unsere Partei zu einer Taktik, durch die die Pläne der Reaktion

durchkreuzt werden. Wir müssen mit einem hartnäckigen Kampf rechnen. Vor allem ist nötig, daß die deutsche Arbeiterklasse für den revolutionären wissenschaftlichen Sozialismus gewonnen und vereint wird. Wir müssen unseren Einfluß in den Gewerkschaften verstärken, um die jetzt gewerkschaftlich organisierten 7 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen für den revolutionären Sozialismus zu gewinnen. Der Einreißung der Landarbeiter und der Frauen in unsere Kampfreihe müssen unseren nächsten Anstrengungen gehören. Der Rätegedanke erobert in Deutschland immer weitere Schichten des Proletariats. Eben jetzt stehen wir mitten in der Wahlbewegung für die Betriebsräte. Wir sehen unseren Einfluß dafür ein, daß trotz des Belagerungszustandes und der Presseverbote dafür gesorgt wird, daß durch Wahl revolutionärer Betriebsräte auch diese neue Institution zu einer Waffe im Kampfe für die Sozialisierung werde.

Große materielle und ideelle Anforderungen werden die kommenden Reichstagswahlen an uns stellen, die wir, frei von Kompromissen, allein im Kampfe gegen alle anderen Parteien ausfechten werden.

In allen diesen Kämpfen stärkt uns das Bewußtsein, uns mit Euch und dem revolutionären Weltproletariat einzig zu wissen in der großen Idee des völkerbefreienden Sozialismus, der allein imstande ist, nach den entsetzlichen Verwüstungen des kapitalistischen Krieges der Menschheit den wahren Frieden, Freiheit und das Glück zu bringen.

Es lebe die französische sozialistische Partei!

Es lebe die Internationale!

Mit brüderlichen Grüßen  
Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

### Der Straßburger Beschluß.

Mit überwältigender Mehrheit ist die französische sozialistische Partei aus der 2. Internationale ausgetreten. Renaudel mußte seine Resolution zurückziehen.

Der Antrag L o r z o i, der den direkten Anschluß an Moskau forderte, fand nur eine, allerdings sehr starke Minderheit.

Angenommen wurde der Antrag Longuet, der sich mit der Entschickung unseres Leipziger Parteitages deckt, aber zugleich eine Frist von drei Monaten festsetzt, bis zum endgültigen Anschluß an die 3. Internationale.

## Die U. S. P. D. und die Internationale.

Aus dem Zentralkomitee der Partei wird ausgeschrieben:

Das Zentralkomitee der Partei hat in einer Sitzung der erweiterten Parteileitung am 27. Februar 1920 dem Beirat unter Vorlage des gesamten Materials eingehend über die Maßnahmen berichtet, die zur Durchführung des Leipziger Parteitagbeschlusses zur Frage der Internationale unternommen worden sind.

Der Leipziger Parteitag beauftragte das Zentralkomitee, auf Grund des Aktionsprogramms der Partei mit der 3. Internationale und den sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder sofort in Verhandlungen zu treten, um einen Zusammenschluß herbeizuführen und so mit der 3. Internationale eine aktionsfähige, geschlossene, proletarische Internationale zu ermöglichen.

Sofort nach dem Parteitag und seitdem ununterbrochen hat das Zentralkomitee in diesem Sinne gearbeitet. Insbesondere hat der Parteivorstand sich direkt an die Moskauer Internationale gewandt und mit dem Genossen Nabel, der inzwischen nach Moskau zurückgekehrt ist, persönlich über den Zusammenschluß verhandelt.

Die erweiterte Parteileitung kam einstimmig zu der Ansicht, daß vom Zentralkomitee alles getan worden ist, was getan werden konnte. Sie billigte alle eingeleiteten Maßnahmen, die hoffentlich bald zu dem gewünschten Resultat führen werden.

Die internationalen Beziehungen werden durch äußere Gründe (Presse-, Verkehrserschwerungen usw.) heute noch so erschwert, daß eine gegenseitige Verständigung weit mehr Zeit in Anspruch nimmt, als meistens angenommen wird.

Dennoch ist zu erwarten, daß diese Schwierigkeiten bald überwunden werden.

Sowie die eingeleiteten Schritte zu bestimmten Ergebnissen geführt haben, wird die Parteileitung den Genossen sofort davon Mitteilung machen.

Wir hatten vor kurzem an die Parteileitung die Frage gerichtet, was sie bisher für die Durchführung der Resolution des Leipziger Parteitages getan habe. Die Resolution lautet bekanntlich:

„Es muß eine aktionsfähige proletarische Internationale geschaffen werden durch Zusammenschluß unserer Partei mit der dritten Internationale und den sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder. Deshalb beauftragt der Parteitag das Zentralkomitee, auf Grund des Aktionsprogramms der Partei mit allen diesen Parteien sofort in Verhandlungen zu treten, um diesen Zusammenschluß herbeizuführen und so mit der dritten Internationale eine aktionsfähige geschlossene proletarische Internationale zu ermöglichen, die in dem Befreiungskampfe der Arbeiterklasse aus dem Joch des internationalen Kapitals eine entscheidende Waffe für die Weltrevolution sein wird.“

Sollten die Parteien der anderen Länder nicht gewillt sein, mit uns in die Moskauer Internationale einzutreten, so ist der Anschluß von der Deutschen sozialdemokratischen Partei allein vorzunehmen.“

Die Erklärung des Zentralkomitees gibt uns die Antwort über die Schritte, welche in der Ausführung dieses Beschlusses unternommen wurden, nicht aber über die Grundsätze, nach welchen man dabei vorgeht. Ende Januar traf Genosse Crispian in der Schweiz mit dem Generalsekretär der französischen Partei, Genossen Frossard, und mit führenden Schweizer Genossen zusammen. Dabei antwortete er auf die Frage des Genossen Frossard, welches die Bedingungen der U. S. P. D. wären, unter denen sie den Anschluß an die Moskauer Internationale vollziehen würde:

„Ich sehe deren zwei: Moskau muß mit seiner Politik des Bannstiches uns gegenüber aufhören. Es muß uns ferner die unbedingt notwendige Freiheit der Bewegung und der Taktik gewährleisten.“ (nach dem in der „Humanité“ veröffentlichten Protokoll.)

Diese Bedingungen sind uns schlechterdings unverständlich. Weiß das Zentralkomitee nicht, daß die Moskauer Internationale ihren Anhängern die Ausnutzung aller Mittel auch der geringsten des Parlaments ebenso wie der Gewerkschaften und Räteorganisationen zur Pflicht macht? Ist eine größere Freiheit in der Taktik

überhaupt denkbar? Und fordert die Parteilösungsresolution nicht gerade eine Aktionsfähige Internationale, d. h. eine internationale, deren Zentralkomitee nicht nur vermittelnde Korrespondenz- und Büro-Arbeit zu leisten hat, sondern mit beschließender und verbindlicher Vollmacht ausgestattet ist zur Führung des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse aus den Fesseln des internationalen Kapitals? Wird nicht durch diese grundlegende Bedingung die „Freiheit der Bewegung“ notwendig eingeschränkt? Und ist es andererseits zu befürchten, daß die Moskauer Internationale durch eine falsche Beurteilung der revolutionären Situation Westeuropas und der in ihr wirklichen revolutionären Methoden uns zu einer verhängnisvollen unangemessenen Taktik verpflichten würde? Niemand hat klarer die Situation und den Weg der Revolution gekennzeichnet als — Genosse Kadel in seiner Schrift: Die Entwicklung der deutschen Revolution und die Aufgaben der kommunistischen Partei. In der Moskauer Internationale sitzen viel zu gute Marxisten, als daß sie es fertig brächte, die Revolution vom grünen Tisch aus zu beschließen. Was bedeutet also die geforderte Garantie der notwendigen „Freiheit der Bewegung und der Taktik“?

Und vollends die andere Bedingung! „Moskau muß mit seiner Politik des Bannfluches aus gegenüber aufhören.“ Wir müssen bekennen, daß „die Politik des Bannfluches“ Moskau gegenüber bis vor nicht gar zu langer Zeit von hervorragenden Genossen unserer eigenen Partei geübt wurde, und daß bis vor kurzem führende Parteigenossen zur — Zeit der wirtschaftlichen, politischen und moralischen Blockade des unvergleichlichen revolutionären Befreiungskampfes unserer russischen Brüder — der internationalen Gegenrevolution und dem weißen Terror Argumente als Waffen an die Hand gegeben haben. Wir können die Angriffe der Moskauer Internationale gegen manche unserer Führer und gegen unsere Politik (z. B. in der Friedensfrage) mit guten Gründen zu widerlegen. Aber wir verwerfen es, wenn das Zentralkomitee diese grundsätzliche Entscheidung mit einer „Politik“ des Uebertretens verquiden sollte. Die von Genossen ergriffenen aufgestellten Bedingungen haben keinen sachlich zu rechtfertigenden Kern.

Ein erheblicher Teil der Parteigenossen steht auf dem Boden der Moskauer Internationale, nicht nur aus revolutionärem Gefühl und Willen, sondern ebenso sehr aus Einsicht in die Bedingungen und in den Gang der proletarischen Revolution der ganzen Welt und aus Uebereinstimmung mit den grundlegenden Thesen

der Moskauer Internationale. Wir sehen in einer „vierten“, wieder aufgebauten „Internationalen“ selbst wenn die englische Unabhängige I. L. P. an ihr teilnehmen würde — kein aktionsfähiges Organ des internationalen proletarischen Klassenkampfes. Wir fordern vom Zentralkomitee eine von untergeordneten taktischen und persönlichen Argumenten freie offene und grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Moskauer Internationale.

### Die Schutzhafschmach.

Der Kommunist Dr. Levi wurde vor einigen Wochen in Bremen verhaftet und nach Berlin überführt. Es erging dann gegen ihn ein Schutzhafsbefehl, in welchem ihm vorgeworfen wird, die gewalttätige Diktatur zu erstreben und mit Däumig zusammen den neuen Umsturz vorzubereiten. Gegen diesen Schutzhafsbefehl hat Genosse Dr. Curt Rosenfeld Beschwerde eingelegt und es steht Termin vor dem Reichsmilitärgericht am 4. März an. Die Aufhebung des Schutzhafsbefehls ist umso selbstverständlicher, als selbst Heilmann darauf hingewiesen hat, daß Levi Gewalttätigkeiten nicht plane. Auch über die Aufhebung des Schutzhafsbefehls gegen den Genossen Däumig wird am gleichen Tage verhandelt, der ebenfalls aus reiner Willkür festgenommen wurde. Außer den beiden Genannten befinden sich noch viele andere Genossen hinter Gefängnismauern, denen ebenfalls nicht die geringste strafbare Handlung nachgewiesen werden kann.

### Die Opposition wird mundtot gemacht.

Die neue Geschäftsordnung reiht sich würdig ein als Glied jener Kette, mit der die herrschende Koalition glaubt zur Befestigung ihrer Herrschaft die revolutionäre Arbeiterbewegung niederzuerren zu können. Die schlimmste Vergewaltigung der Opposition stellt der Mantelkorparagraf dar. Mit dessen Hilfe ist es der Mehrheit möglich, unbenommen Erörterungen dadurch aus dem Wege zu gehen, daß man die Redezeit beschränkt. Nicht einmal eine untere Grenze für die Redezeit ist festgesetzt. Genosse Rosenfeld führte dazu aus: Die Abordneten sind von ihren Wählern hergerichtet, um deren Willen zur Geltung zu bringen. Dieses Recht darf in keiner Weise beschnitten werden. Wenn wir hohes lange Reden hatten müßten, so war die Regierung daran schuld. Durch die Verhängung des Belagerungszustandes, durch die brutale Handhabung desselben, durch die zahllosen Zeitungsverbote, durch die Uebergriffe der Soldateska, durch die Schandartikeln

und die Schutzhafschmach hat sie soviel Material aufgehäuft, daß wir tagelang darüber reden könnten, ohne es zu erschöpfen und wir werden nicht aufhören, den Ausnahmezustand mit allen Mitteln zu bekämpfen, solange er besteht. In dem aber das Parlament die Redezeit der Minister und Regierungsvertreter unbeschränkt löst, sie für sich aber beschränkt, entmannt es sich selbst.

Genosse Adolph Hoffmann wies an Hand der in der Geschäftsordnung festgelegten Beweise für die vollendete Demokratie und dem heutigen Verhalten der Mehrheit nach, wie notwendig die Diktatur des Proletariats sei. Alle unsere Änderungsanträge wurden niedergestimmt. Aber Adolph Hoffmann hat recht, die Koalitionsparteien werden die Kulte noch zu spüren bekommen, die sie sich selbst gebunden haben.

### Das Existenzminimum im Februar 1920.

In der „Finanzpolitischen Korrespondenz“ untersucht Dr. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Schöneberg, in einer wertvollen Abhandlung die Höhe des Existenzminimums im Monat Februar.

Einleitend verweist er auf die Steigerung der Kosten der Lebenshaltung im Februar infolge der Preiserhöhungen für Zucker, Brot, Milch, Fett, Kohlen usw. und stellt dann fest, daß dieselben Mengen rationierter Waren, für die man vor 6 Jahren 3,31 Mk. bezahlt hat, jetzt 23,44 Mk., also fast das Achtfache kosten.

Als wöchentliches Existenzminimum berechnet Kuczynski für den Februar 1920 für einen alleinstehenden Mann für Ernährung . . . . . 50 Mk., Wohnung . . . . . 8 „ Heizung und Beleuchtung . . . . . 13 „ Bekleidung . . . . . 35 „ Sonstiges . . . . . 27 „ also insgesamt . . . . . 133 Mk.

für ein Ehepaar für Ernährung . . . . . 78 Mk. Wohnung . . . . . 8 „ Heizung und Beleuchtung . . . . . 13 „ Bekleidung . . . . . 58 „ Sonstiges . . . . . 39 „ insgesamt also . . . . . 196 Mk.

für ein Ehepaar mit 2 Kindern für Ernährung . . . . . 102 Mk. Wohnung . . . . . 8 „ Heizung und Beleuchtung . . . . . 13 „ Bekleidung . . . . . 82 „ Sonstiges . . . . . 51 „ insgesamt also . . . . . 256 „

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst für einen alleinstehenden Mann . . . . . 22 Mk.

für ein kinderloses Ehepaar . . . . . 32 „ für ein Ehepaar mit 2 Kindern von fünf bis zehn Jahren . . . . . 43 „ auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann . . . . . 6950 „ für das kinderlose Ehepaar . . . . . 10200 „ für das Ehepaar mit 2 Kindern . . . . . 13350 „

Für den Februar 1914 stellte sich dagegen das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann: Ernährung . . . . . 3,50 Mk. Wohnung . . . . . 5,50 „ Heizung und Beleuchtung . . . . . 1,90 „ Bekleidung . . . . . 2,50 „ Sonstiges . . . . . 3,35 „ also insgesamt . . . . . 16,75 Mk.

für ein Ehepaar: Ernährung . . . . . 6,30 „ Wohnung . . . . . 5,50 „ Heizung und Beleuchtung . . . . . 1,90 „ Bekleidung . . . . . 4,15 „ Sonstiges . . . . . 4,45 „ also insgesamt . . . . . 22,30 Mk.

für ein Ehepaar mit 2 Kindern: Ernährung . . . . . 9,80 „ Wohnung . . . . . 5,50 „ Heizung und Beleuchtung . . . . . 1,90 „ Bekleidung . . . . . 5,85 „ Sonstiges . . . . . 5,75 „ also insgesamt . . . . . 28,80 Mk.

Vom Februar 1914 bis zum Februar 1920 wäre somit das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 Mk. auf 133 Mk., d. h. auf das 7,9 fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 Mk. auf 196 Mk., d. h. auf das 8,8 fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 Mk. auf 256 Mk., d. h. auf das 8,9 fache.

Da die Löhne bestenfalls um das vier- bis fünffache gestiegen sind, so ist auch aus dieser Berechnung die ungeheure Verschlechterung der Lebenshaltung aller Lohnempfänger ersichtlich.

Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß Herr Kuczynski die Ausgaben für Februar 1920 sehr niedrig angegeben hat. So berechnet er z. B. die wöchentliche Ausgabe für Miete mit 8 Mk., während sie tatsächlich mindestens 15 Mark betragen dürfte.

### Nicht vergessen!

Gedenkst du dunklen Monate du noch im Abschnitt von Mameh? Du grubst die lange Nacht und wachtest hinterm Stacheldrahtgefäß. Weist du die Matten noch und wie Gestank verweht über dich? Frühdämmerung schmutzig-bleich; du frostetest im hoffnungslosen Regen. Willst du verweilend dich befragen nicht: geht es dem wiederum entgegen? Gedenkst du jener Stunde voll Getöse, vor dem Sturm, Der Ohnmacht deines Jorns, da du gespäht durch Gasse und Hof? Weidlich tief in die verdammten hagen Antlitz deiner Kameraden? Stehst du die Wachen noch? Aus Decken troch wie Warm Mit schlafem Haupt und totem Auge das Erschauern vor dem eigenen Blut Der Jünglingsangehöriger, grane Masken nun, die einst so frohlich und so kühn und gut kammst du's vergessen? Schon? Schon auf und schreie: unversiegen blüh's! bei Frühlings ew'gem Grün und Gottes Thron. Gedächtnis Alfred Sogis aus Siegfried Saffson, The Bar Poems, London, (Herausgeber).

Siegfried Saffson, ein junger englischer Dichter, hat den Krieg, wie Parballe in Frankreich und Lasko in Deutschland, in seiner neuen Stanlophie und Größlichkeit dargestellt. Sein Wort ist ein neues Zeugnis für die internationale Solidarität der unterdrückten und mißbrauchten Massen, die sich aus der unendlichen Dosis des Krieges gegen die herrschenden Klassen und Ideologien herausgehoben hat. Professor L. L. Schilling übertrug im „Berliner Tageblatt“ ein anderes seiner Gedichte:

Der Bischof spricht: „Wenn diese wiederkehren sich sie verwandeln, denn sie trüben gut, Man kann vergessen sie und voller Ehren Zu Kampfe mit dem Antichrist ihr Blut. Aus ihnen, die da kämpfen für das Recht, Erweckt ein neu und ein neues Geschlecht!“

„Wir sind verwandelt“, klingt der Antwortgruß, „Denn Bill verlor die Bane, Jack ist blind, Jim fragt bald ab mit seinem Langschuß Und Fred ist hypochondrisch, ja wir sind Nicht mehr die Alten, feiner was er war“. Der Bischof: „Gottes Weg ist wunderbar!“

### Der Dank des Vaterlandes.

Während sozialdemokratische Minister, wie Sadekum und Heine, Willkürforderungen zur Abfindung der ehemals regierenden Landesräter vertreten und für den letzten Hohenzollern eine Milliardenentwädigung beantragen, warteten 1 1/2 Millionen Kriegsbeteiligte, 600000 Kriegerväter, 1200000 Waisen und 800000 jüdische Hinterbliebene auf den Dank des Vaterlandes für das Opfer der Gesundheit und des Lebens ihrer liebsten Angehörigen und Ertraher, das sie gebracht hatten. Jetzt endlich hat die Regierung das neue Manuskriptverordnungsgeheiß ergriffen, das an die Stelle des längst veralteten Gesetzes vom 6. Mai 1908 treten sollte. Der Regierungserwartung übertrifft die schlimmsten Befürchtungen, die man gehabt hatte. Seine Grundlage ist — ganz abgesehen von allen Einzelheiten — völlig unannehmbar.

Der neue Entwurf baut sich auf auf einer — Klassenteilung der Kriegsbeteiligten. Es soll in Zukunft Kriegsbeteiligte erster, zweiter und dritter Klasse geben. Die erste Klasse umfaßt alle diejenigen, die „eine hoch zu bewertende praktische und theoretische Vorbildung besitzen, die ein hohes Maß von Leistung und Verantwortung erfordern.“ Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß in diese Klasse vor allem die Herren Offiziere eingereiht werden sollen. Sie erhalten einen Zuschlag von 50% zur Grundrente. In die zweite Klasse kommen die Studenten und sonstige Leute mit höherer praktischer oder theoretischer Vorbildung, sie erhalten einen Zuschlag von 25% der Grundrente. Der Rest, d. h. die Proletariat, kommen mit den Schülern, Lehrlingen und Beruflosen in die dritte Klasse, die leer ausgeht, d. h. lediglich die Grundrente erhalten.

Und gerade die Berechnung der Grundrente ist es, die unsere schärfste Kritik herausfordert. Sie wird bei völliger Schwereunfähigkeit mit 2160 und 480 Mk. Schwereunfähigkeit pro Jahr veranschlagt. Klingt das nicht wie eine Verhöhnung der Kriegsbeteiligten, wenn man bedenkt, daß nach den Feststellungen des Direktors des Schöneberger statistischen Amtes, Dr. Kuczynski das Existenzminimum für einen einzelnen Mann 6950 Mk. und für eine viertköpfige Familie 13350 Mk. betragen.

Dem Ganzen wird noch die Krone dadurch aufgesetzt, daß schon bei einem jährlichen Einkommen von 4000 Mark 1/10 der Grundrente abgezogen werden soll, während die Zuschläge der Kriegsbeteiligten erst- und zweiter Klasse unangestraft bleiben. Bei einem Einkommen von 3000 Mark sollen die Abzüge bereits die Hälfte der Grundrente betragen. Scheinbar ist an einigen Regierungsstellen noch der Glaube verbreitet, daß der Kriegsbeteiligte mit der Rente ein gutes Geschäft macht. Weiß man denn dort nichts von den großen Extragaben, die die Kriegsoffer gerade infolge ihrer Beschädigung gegenüber gefunden haben, ganz zu schweigen von ihrer verminderten Leistungsfähigkeit und davon, daß nicht weniger Unternehmer sich weigern, Kriegsbeteiligten die tarifmäßig festgesetzten Löhne und Gehälter zu zahlen?

Was können die völlig erwerbsunfähigen Kriegsoffer heute vom Staat fordern?

Ein einheitliches Existenzminimum für alle, dessen Höhe der verteuerten Lebenshaltung angepaßt ist und das sich automatisch nach einwandfreien Indizes richten mag.

Eine Klassencheidung lehnen wir ab. Wir fordern, daß das Wort von der großen Not, die gemeinsam getragen werden soll, hier zur Geltung werde. Teilweise verminderte Erwerbsfähigkeit wird prozentual zu berechnen sein, wobei zu beachten sein wird, daß z. B. der Verlust eines Armes bei einem Handwerker oder Künstler zu bewerten sein wird, als bei einem Arbeiter. Das sind die Mindestforderungen, die die Kriegsoffer stellen müssen, wenn man sie nicht als tote Leiber sehen will. Die

Tuberkulose fordert furchtbare Opfer in ihren Reihen, Elend, Armut und Verzweiflung ist im Hause mancher Kameraden. Die Kriegsbeschädigten werden daraus lernen, daß die kapitalistische Gesellschaft nicht einmal ihren elementarsten Verpflichtungen gerecht werden kann, sie werden erkennen, daß nur ein soziales Deutschland ihre berechtigten Forderungen erfüllen wird, und sie werden aus ihrer politischen Neutralität und Indifferenz erwachen.

### Eine neue Eingabe des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten an die Regierung.

Berlin, 29. Dezember 1919. An die Reichsregierung Berlin.

Vor einiger Zeit haben wir die Reichsregierung um doppelte Auszahlung der Versorgungsgebühren für Kriegsbeteiligte und Hinterbliebene zu Weihnachten und forderten die Bemilligung weiterer Mittel als Ausgleich gegenüber der immer weiter ansteigenden Teuerung. Weihnachten ist herangekommen; die Kriegsoffer sind jedoch ohne Antwort geblieben. Ein großer Teil von ihnen muß Weihnachten „feiern“ ohne Lammbraten, ohne die notwendigen Lebensmittel, ohne ausreichende Bekleidung, ohne Besuchsfreude, Frohsinn und Frieden. Immer verzweifelter ist die Stimmung der Kriegsoffer geworden, immer unerträglicher ihre wirtschaftliche Lage. Die im April dieses Jahres bewilligten 40prozentigen Teuerungszulagen sind längst durch die immer gewaltiger ansteigende Teuerung überholt. Nach den Erhebungen Dr. Elsas (Frankfurt a. M.) beträgt die Verteuerung der Lebensmittel in Berlin von April bis November 65 Prozent. Daraus ergibt sich, daß die Lage der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen trotz der im April bewilligten Zulagen schon wieder schlechter ist, als vor der Bewilligung. Vom 1. Januar ab wird durch die Umsatztsteuer und die Erhöhung der Brot- und Kartoffelpreise eine neue gewaltige Preissteigerung einsetzen. Wenn nicht sofortige Hilfe einsetzt, werden die Kriegsoffer durch diese Verhältnisse an den Rand der Verzweiflung gedrückt. Bei Ausbruch des Krieges wurde von der damaligen Regierung und den Parteien des deutschen Reichstages anerkannt, daß die Versorgung der Kriegsoffer ungenügend sei und baldige Schaffung eines neuen Gesetzes in Aussicht gestellt, das ihre Sicherstellung bringen sollte. Dieses Gesetz, das nunmehr seit fünf Jahren in Vorbereitung ist, ist immer noch nicht fertiggestellt und dürfte auch kaum vor Frühjahr 1920 in Kraft treten. Inzwischen weist man die Kriegsoffer weiterhin mit einem

# Der „Aufruhr“ in Deutsch Lissa.

## „Landesfriedensbruch?“

Das Hauptverfahren in Sachen gegen Postleb und Genossen wegen Landesfriedensbruch wurde am 27. Februar vor dem Schwurgericht in Breslau eröffnet. Angeklagt waren Georg Postleb, Robert Schwarzer, Martha Rüdiger, Eduard Fritsch, Alfred Ruffert, Wilhelm Kapelle, Emilie Spiale, Marie Taus, Berta Schmidt und Karoline Blume. Der Hauptangeklagte Geschäftsführer Karl Schindel war nicht erschienen und gibt an, geisteskrank zu sein. Sämtlichen Personen wird zur Last gelegt, sich an dem Demonstrationstzug am 30. März 1919 beteiligt zu haben. Zuerst wurde der Angeklagte Postleb vernommen. Er schilderte den Verlauf der Demonstration in Deutsch Lissa im Frühjahr 1919 herrschte in Deutsch Lissa große Lebensmittelknappheit und ungerechte Verteilung von Lebensmitteln. Um diesem Unrecht ein Ende zu machen, beschloßen die Arbeiter am Sonntag den 30. März um 12 Uhr eine friedliche Demonstration zu veranstalten. Dies wurde auch durch Plakate bekanntgegeben. Der Zug setzte sich am Johannisplatz in Bewegung und zog nach dem Rathaus. Vor dem Rathaus hielt der Angeklagte Schindel eine Rede an die Versammelten. In Deutsch Lissa war es bereits Stadtsprache, daß der Verbrauch von Lebensmitteln bei dem Oberförster Gümther und dem Rittergutspächter Bienseisler ein unüberhältnismäßig hoher war. Deshalb zog Schindel und die Demonstranten nach der Oberförsterei, um dort durch eine gewünschte Kommission eine Hausdurchsuchung abzulassen. Es wurde jedoch nichts wesentliches gefunden. Bei dieser Gelegenheit sollen einige junge Burschen in den Hühnerstall eingedrungen sein. Dann ging der Zug weiter nach dem Dominium zu Herrn Rittergutspächter Bienseisler. Bei der dort stattgefundenen Hausdurchsuchung wurden ca. 80 Pfund Speck, 40 Dauerwürste, 3 Töpfe Sahne, eine Kiste verschimmelte Nudeln und ein Saß verdorbene Semmeln vorgefunden. Diese Sachen wurden beschlagnahmt, ordnungsgemäß verpackt und nach dem Lebensmittelamt geschickt. Die Menge zerstreute sich dann.

Der Angeklagte Schwarzer ist zufällig zu dem Zug gekommen, ging mit zur Oberförsterei

und stellte nach Aufforderung seitens der Demonstranten den Gümther zur Rede und brückte ihm die allgemeine Meinung in der Schlingengrabenstraße aus. Dann entfernte er sich und nahm an nichts mehr teil.

Der Angeklagte Fritsch gab an, nur aus Neugierde an der Demonstration teilgenommen zu haben und von der Menge gezwungen worden zu sein, die Telephonleitung zu zerstören.

Die Angeklagte Spiale hatte nur von der herausgebrachten Schlagfahne mit zwei Fingern gekostet. Alle übrigen Angeklagten waren nur aus purer Neugierde mitgezogen.

Die Zeugin Frau Breuer aus Deutsch Lissa gab an, daß die Demonstranten sehr erbittert über die ungerechte Lebensmittelverteilung waren, aber die Führer die Masse immer zur Bewahrung der Ruhe ermahnten.

Der Zeuge Direktor Deines betonte ebenfalls, daß die Führer stets bemüht waren, die Demonstranten vor Plünderungen und Gewalttaten zurückzuhalten.

Der Zeuge Dr. Baumgart, Mitglied des Volksrats, bestätigte ebenfalls die große Lebensmittelknappheit und daß der Volksrat stets bemüht war, eine Verbesserung in der Lebensmittelverteilung herbeizuführen. Zur Verbesserung sollte auch die Demonstration beitragen, denn Beschwerden bei den Behörden hatten keinen Erfolg. Er gab auch zu, von dem Rittergutspächter Bienseisler mehr Milch bekommen zu haben, als ihm gesetzlich zustand.

Der Belastungszeuge Gümther erklärte folgendes: Die Demonstranten verlangten, als sie herangezogen waren, den Oberförster zu sprechen. Zuerst empfing ihn der Angeklagte Schwarzer. Die Menge tobte draußen. Er behauptet, daß Schwarzer ihn „gebuzt“ und mit groben Schimpfworten wie: „Du Lump“, „du Schweinshund“ beleidigt hätte; ferner gab er an, daß einige Leute vor dem Hühnerstall das Drahtgitter zerstört, einbrangen, einige Eier, eine Schnepfe, eine Taube und Heringe entwendeten. Er bestreitet mehr Milch vom Rittergutspächter Bienseisler empfangen zu haben als ihm zustand. Der Zeuge ist wegen eines Hochverratsdeliktes gegen eine Frau verurteilt.

Frau Oberförster Gümther, welche ebenfalls als Belastungszeugin auftrat, bekundete: Als die Demonstranten ankamen, hörte sie aus der Menge die Rufe: „Wo ist der Kerl“, „er soll kommen, der Schweinshund, der Schuft.“ „Du sollst von der Arbeiterschaft zur

Arbeiterschaft gezogen werden.“ Als sie die Rufe auf ihren Mann vernahm, ging sie aus dem Telephon und wollte Hilfe heranziehen. Als sie die Worte sprach: „Wir werden von einer Menschenmenge bedroht, ich bitte um polizeiliche Hilfe“, sah sie, wie Frau Rüdiger sich an die Fensterscheibe lehnte und zu den Leuten sagte: „Sie telephoniert“. In diesem Augenblick wurde auch die Telephonleitung zerschnitten. Ferner soll Frau Schmidt die Leute ausgehört haben und denselben des Keller gezeigt haben.

Der Zeuge Bienseisler sagte folgendes aus: Als der Zug mit den Demonstranten ankam, kam Schindel mit noch zwei Mann in das Haus und sagte, sie kommen eine Hausdurchsuchung abhalten. Die Schlüssel wurden ihnen übergeben. Schindel soll Bienseisler an die Brust gefaßt und zu ihm gesagt haben: „Wie kommen Sie dazu, mich einen Lump zu nennen“. Bienseisler bestritt, zu Schindler Lump gesagt zu haben. Inzwischen sollen einige Fensterscheiben mit Blumentöpfen eingeschlagen worden sein. Postleb jedoch verbot dies den Leuten energisch. Von 3-4 Männern will Bienseisler geschlagen worden sein. Sie sind nicht unter den Angeklagten.

Von diesen Schlägen will er später Nierenbluten bekommen haben, an dem er früher bereits einmal litt. Er gibt an, daß 80 Pfund Speck, 40 Würste, 3 Töpfe Sahne, eine Kiste mit 25-30 Pfund Nudeln beschlagnahmt worden sind. Der Speck und die Würste sind jedoch wieder an ihn zurückgeschickt worden. Ferner gibt er an, daß von einigen Matrosen das Zimmer, wo sich das Telephon befand, besetzt worden ist und bei dieser Gelegenheit nach Aussage seines Beamten eine Kiste Zigarren und eine Kiste Zigaretten entwendet worden sein sollen. Er gibt zu, ein Kalb geschlachtet und dafür eine Strafe von 100 M. bekommen zu haben.

Alsdann wurde die Zeugin Frau Bienseisler vernommen. Sie sagt folgendes: Als Schindel mit einigen Leuten herein kam, kam ich der Aufforderung, die Schlüssel zu der Speisekammer zu geben, nach. Daß mein Mann geschlagen wurde, habe ich nicht gesehen. Ich habe vor Schreck einen Nervenschlag bekommen, habe 14 Tage fest zu Bett gelegen und bin noch ein Vierteljahr am Stod gegangen. Die Angeklagte hatte früher ebenfalls schon einmal an dieser Erkrankung zu leiden.

Der Installationslehrling Tepper sagte, daß Postleb stets sich darum bemüht hat, daß niemand in das Haus vom Gümther und Bienseisler eindringe und die Leute stets zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ermahnte.

Die Aussagen der anderen Zeugen waren nicht von großer Wichtigkeit.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte gegen die Angeklagten folgende Strafen: Gegen den Angeklagten Schwarzer 1 Jahr, Postleb 5, Rüdiger 4, Eduard Fritsch 4, Alfred Ruffert 4 und Emilie Spiale 4 Monate.

Die Angeklagten Kapelle, Taus und Blume sind freigesprochen worden.

Das Gericht beschloß, Schwarzer mit 6, Postleb mit 4, Frau Rüdiger mit 3, Fritsch mit 3, Ruffert mit 3, Spiale mit 3 und Frau Schmidt mit 3 Monaten zu bestrafen.

Als das Urteil gegen Frau Rüdiger ausgesprochen wurde, brach sie völlig in sich zusammen und bekam einen Krampfanfall. Nach Beendigung der Verhandlung wurde Frau Rüdiger von den bei der Verhandlung beigewohnten Soldaten herausgetragen.

Soweit der Bericht.

Der § 125 des Strafgesetzbuches vom 15. Mai 1871 verdient der breitesten Öffentlichkeit zur gefälligen Kenntnisnahme vorgelegt zu werden.

Er lautet:

„Wenn sich eine Menschenmenge öffentlich zusammenrottet und mit vereinten Kräften gegen Personen oder Sachen Gewaltthaten begeht, so wird Jeder, welcher an dieser Zusammenrottung teilnimmt, wegen Landesfriedensbruches mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft.“

Die Rädelsführer, sowie diejenigen, welche Gewaltthaten gegen Personen begangen oder Sachen geplündert, vernichtet oder zerstört haben, werden mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft; auch kann auf Zuchthaus von Polizeiaufsicht erkannt werden. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter sechs Monaten ein.“

Im Laufe der Revolution verlor dieser § natürlich seine Gültigkeit. Den Kaisersozialisten blieb es vorbehalten, ihn wieder rechtsgültig zu machen, so daß heute eine ganze Reihe ihrer Parteifreunde hinter Schloß und Riegel sitzen, nicht etwa wegen der Landesfriedensbrüche, die den Sozialverratern zur Macht verholfen haben, sondern wegen der harmlosesten Demonstrationen.

Dieser Kaufschulparagraf ermöglicht einem königlich preussischen Staatsanwalt die königlich preussischen Geschworenen von der verbrecherischen Absicht selbst der allerunvermeidlichsten Selbsthilfe zu überzeugen.

Nun zu Dt. Lissa. Unter der drückenden Not, die selbst nach den Aussagen des Herrn Baumgart im März 1919 bestand, gährte natürlich

in der mildernden Strafe eine nicht geringe Rolle, da der zwei Schritte davon liegende Breslauer Landfriedens eine wesentlich bessere Verpflegung anbot, und da verschiedene Persönlichkeiten der besagten Klasse schließlich unter diesem Drucke nicht zu leiden hatten. Kinderreiche Väter waren zu Diebstählen geradezu gezwungen, der Schleichhandel blühte, die allgemeine Situation bedrohte den Landesfrieden. Die Gerüchte über Schiebung und die Entdeckung einer Schwarzschlacht, die sich der Zeuge der Staatsanwaltschaft Bienseisler hatte zuschulden kommen lassen, verschlimmerten die Lage. Demorein sollte der Landrat in einer Sitzung auf die wiederholten Beschwerden seitens des Volksrates geäußert haben: es kann in Dt. Lissa doch gar nicht so schlimm sein, denn es ist ja alles ruhig. Das wirkte natürlich im höchsten Grade provozierend auf die Massen, das Klang nach amtlicher Aufforderung zu Unruhen und erweckte den Eindruck, als ob der Landrat zur Unterstützung seiner Versuche, bei den vorgesehnen Behörden bessere Belieferung zu erlangen, der demonstrativen Aktion der Arbeiterschaft bedürfe.

Einige Vertreter des Proletariats beschloßen also durch einen Demonstrationstzug die Besserung der Lage fordern zu lassen, mit der ausgesprochenen Absicht, gerade zur Sicherung des Landesfriedens beizutragen. Unter ihnen war keiner der Beurteilten vertreten. Aber der schöne Paragraph 125 spricht im ersten Absatz von der bloßen Teilnahme an der Absicht und Ziele der Demonstration. Es ist nach ihm völlig gleich, ob die im Interesse der Öffentlichkeit, d. h. der Mehrheit der Bevölkerung liegen, oder nicht, und ebenso ist es nach ihm gleich, ob die den Demonstranten selbst unerwünscht und von ihnen nicht unterdrückbaren etwaigen Ausschreitungen der Mitläufer die friedlich gedachte Demonstration zu einer Zusammenrottung im Sinne des § 125 Kempeln. Das bedeutet: ein Bestandteil des demokratischen Rechtes, die demonstrative Nachweisung des Mechtwillens, wird durch die nach dem § 125 mit ihm verbundenen Gefahren bis zur Unwirksamkeit faktisiert. Die Pflicht der Arbeitsführer, bei Versagen der Beschwerden auf dem Instanzwege, durch Sammlung und demonstrative Vorweisung der Massen von Gleichgewillten den Nachweis zu erbringen, daß ihre Forderungen wirklich von einer Mehrheit gestellt sind, diese Pflicht wird zur Gefahr für die persönliche Freiheit.

Die Unmöglichkeit des § 125 in der unklaren Fassung für jede demokratische Republik ergibt sich ganz besonders aus der Abhängigkeit der Tatbestandsfeststellung von der Auffassung der Substantive. Die Loyalität der Anklagevertretung, des Gerichtshofes, der Geschworenen ist außer von dem subjektivem guten Willen dieser Personen abhängig, von den objektiven Bewußtseinsinhalten, die ihnen von der Klaffenziehung des kapitalistischen Systems eingepreßt werden. Der Fall Deutsch Lissa zeigte das ganz besonders. Nach lebendiger demokratischer Empfindung, das heißt: im Einklang mit der Rechtsempfindung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, wäre z. B. allein ausschlaggebend gewesen, welche Auffassung die Angeklagten von der Zuständigkeit des Volksratsvorsitzenden Schindel gehabt haben, der die bei der Demonstration vorgekommenen Hausdurchsuchungen angeordnet und die Einschaltung einer Kommission veranlaßt hatte. Die Mitglieder dieser Kommission, Herr Postleb und Frau Rüdiger, wurden, obgleich sie nach der Beweisaufnahme an gar keiner Ausschreitung beteiligt waren, verurteilt. Nach der Beweisaufnahme war Postleb besonders energisch bemüht, jeden Uebergriff abzuwehren. Aber man legte der Beurteilung nicht zugrunde die damals auf Grund der bestehenden Verhältnisse notwendig bei den Angeklagten vorhandene Auffassung der Rechtmäßigkeit dieser vom Volksratsvorsitzenden gedeckten Handlung. Welch eine Fülle von Gefängnisstrafen müßten dann gegen alle Volksräte des Reiches verhängt werden! Wieviel Jahre wohl dann allein die Mitglieder des Volksrats Breslau, Zentralrats der Provinz Schlesien, abzubrummen hätten!

Das Gericht hat in der Demonstration und in den Ausschreitungen der mit Recht erregten Masse nicht zwei getrennte, aus verschiedenen, ja entgegengesetzten Willensrichtungen entstandene Handlungen gesehen, das Gericht hat gegen die Auffassung der überwältigenden Mehrheit des Volkes entschieden, gegen den heute allein möglichen Geist des Paragraphen 125. Ja, es ist sehr stark anzunehmen, daß die gefällten Urteile selbst denjenigen Zeugen der Anklagevertretung, die unter den Ausschreitungen persönlich zu leiden hatten, ungerecht erscheinen werden.

Ein wenig lächerlich mutete die Auffassung an, die über das Verhalten des Angeklagten

Almosen ab. Oder ist es kein Almosen, wenn man z. B. einer Kriegswitwe für die Erhaltung ihres Kindes einen Betrag von 79 Pfa. täglich gibt? Bedeutet nicht die Gewährung von 79 Pfa. Rente für die Kriegswitwen ihre langsame Lösung? Müßten sie nicht der Unterernährung zum Opfer fallen?

Alle unsere Anträge auf eine wirkliche Umwälzung der Verordnungsgebühren sind an die ungeheure Steigerung der Kosten der Lebenshaltung wurden bisher von der Regierung mit geringfügigen Erhöhungen der Beiträge beantwortet; ein wirklicher Ausgleich der Renten mit den allernotwendigsten Lebensbedürfnissen jedoch regelmäßig durch einen Hinweis auf die schlechten Finanzen des Reiches abgelehnt.

Die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen erkennen diese Begründung für die Ablehnung ihrer gerechten Forderungen jedoch nicht an, solange noch für andere Zwecke ungeheure Summen ausgegeben werden. Wir fragen die Regierung, warum die Bataillontuppen, die durch ihr hochverräterisches Vorgehen der Entente den Vorwand für die Zurückhaltung unserer kriegsgefangenen Kameraden gaben und unter ausgelegenes Land in neue Schwierigkeiten stützten, immer noch nicht aufgelöst sind? Kostet ihre Unterhaltung nicht den Monatsbetrag von 600000 M. täglich? Warum belohnt man die Bataillontuppen und bestraft die Kriegsooper für ihre Hingabe mit der Strafe des Hungerns?

Sind wir nicht nach den Versailler Friedensbedingungen verpflichtet, die Reichswehr bis auf 100000 Mann zu verringern? Warum hat man die Herabsetzung noch immer nicht durchgeführt, wenn die Finanzen des Reiches so schlecht sind? Nur ein Bruchteil des so ersparten Geldes würde ausreichen, um die Kriegsooper aus ihrer elenden Lage herauszubringen, um Hunderttausenden das Leben zu erhalten, die bei der augenblicklichen Nahrungsvorsorgung zum Tode verurteilt sind. Hunderttausenden kann die Gesundheit zurückgegeben werden, wenn ihnen sofort die notwendige Hilfe wird.

Nach einmal wenden wir uns an die Reichsregierung und fordern sie auf, ihre Pflicht den Kriegsooper gegenüber zu erfüllen. Wir können nicht warten bis zur Schaffung des neuen Gesetzes, es muß vorher, es muß sofort eine Hilfsaktion einleiten.

Nach einmal erheben wir unsere warnende Stimme: Hunderttausende befinden sich in einer furchtbaren Notlage. Will man ruhig zusehen, bis sich ihre Stimmung in Verzweiflungsaktionen Luft macht? Nach einmal erheben wir unsere Anklage, daß Deutschland sich seiner Kriegsooper nicht annimmt. Nach einmal, zum letzten Male, rufen wir das öffentliche Gewissen wach in Deutschland; zum letzten Male schreien wir in der Heimat die Not der Kriegsooper hinaus. Wenn jetzt nicht die geforderte Hilfe gegeben wird, wenn man auch jetzt wiederum mit einem Hinweis auf die schlechte Finanzlage des Reiches unsere Hilferufe abtun will, dann bleibt uns nur ein Schritt übrig, den wir in Betracht des so tief gesunkenen Ansehens Deutschlands nur aus der schlimmsten Not heraus tun wollen: Wir müssen dann die Ententestaaten aufsuchen, den deutschen hungernden Kriegsooper zu Hilfe zu kommen. Wir müssen dann von den Ententeländern fordern, ihren Einfluß dahin auszu

zuüben, daß die Opfer des Krieges in Deutschland nicht schlechter gestellt werden, als in den Ländern der Entente.

Wir hoffen, nicht nötig zu haben, diesen Appell an das Weltgewissen zu richten. Wir hoffen, daß die Reichsregierung nunmehr sofort das Entsprechende veranlassen wird, um die Kriegsooper in Deutschland aus ihrer verzweifelten Lage herauszubringen.

Mit Hochachtung  
Internationaler Bund  
der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen.  
Bundesleitung.

### Das Grauenhafte.

Am Kaffeestauch sitzen Biere und dreschen einen mörderischen Skat.

Eben ist einer in zerklüfteten Soldatenkleidern eingetreten. Durch die oberen Knopflöcher seines Rockes schlängeln sich fettige Ordensbänder. Er hält Ansichtskarten zwischen den Fingern und bietet sie feil. Sein Kopf wird stetig von der Nachwirkung eines ungeheuren Schreckens, der ihn einmal durchstürzt haben muß, hin und her geschüttelt. Er wendet sich von Tisch zu Tisch. Er geht auch auf die Skater zu.

Drei von denen beachten ihn überhaupt nicht. Der Vierte guckt scheu in das zitternde Antlitz, scheint zu überlegen — und entschließt sich dann, wie die meisten der Gäste, nichts zu geben.

Der Zitternde geht weiter. Von Tisch zu Tisch.

Noch bevor er das Lokal verlassen hat, betritt das ein Leidensgefährte von ihm. Auch er hält eine Mappe voll Ansichtskarten in den Händen. Auch seinen Kopf wirft ein Schütteln hin und her. Aber viel furchtbarer noch als den des anderen. Ein dauerndes, krampfhaftes Zucken durchrüttelt sein Haupt.

Sein Antlitz ist noch mitteilender als der des ersten Hausfreiers. Ihm fließen die Gaben darum reichlicher zu als diesem. Wie er gerade vor dem Skattisch steht, hat der erste seinen Rundlauf durch das Café beendet und kreuzt bei der Rückkehr nach der Tür den Weg des Gefährten.

Die Skater haben einen Augenblick im Spielen eingehalten und sehen sich fragend an. Entnehmen dann ihrem Geldbäpchen etwas und drücken es dem Bittenden in die Hand.

Der erste Kartenverkäufer sieht es. Ihm hatten sie nichts gegeben. Er blickt den anderen prüfend an. Ja: wenn er so stark wie der andere zuckte... wie der Konkurrent... der glücklichere Konkurrent. Hans Bauer,

zuüben, daß die Opfer des Krieges in Deutschland nicht schlechter gestellt werden, als in den Ländern der Entente.

Wir hoffen, nicht nötig zu haben, diesen Appell an das Weltgewissen zu richten. Wir hoffen, daß die Reichsregierung nunmehr sofort das Entsprechende veranlassen wird, um die Kriegsooper in Deutschland aus ihrer verzweifelten Lage herauszubringen.

Mit Hochachtung  
Internationaler Bund  
der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen.  
Bundesleitung.

### Das Grauenhafte.

Am Kaffeestauch sitzen Biere und dreschen einen mörderischen Skat.

Eben ist einer in zerklüfteten Soldatenkleidern eingetreten. Durch die oberen Knopflöcher seines Rockes schlängeln sich fettige Ordensbänder. Er hält Ansichtskarten zwischen den Fingern und bietet sie feil. Sein Kopf wird stetig von der Nachwirkung eines ungeheuren Schreckens, der ihn einmal durchstürzt haben muß, hin und her geschüttelt. Er wendet sich von Tisch zu Tisch. Er geht auch auf die Skater zu.

Drei von denen beachten ihn überhaupt nicht. Der Vierte guckt scheu in das zitternde Antlitz, scheint zu überlegen — und entschließt sich dann, wie die meisten der Gäste, nichts zu geben.

Der Zitternde geht weiter. Von Tisch zu Tisch.

Noch bevor er das Lokal verlassen hat, betritt das ein Leidensgefährte von ihm. Auch er hält eine Mappe voll Ansichtskarten in den Händen. Auch seinen Kopf wirft ein Schütteln hin und her. Aber viel furchtbarer noch als den des anderen. Ein dauerndes, krampfhaftes Zucken durchrüttelt sein Haupt.

Sein Antlitz ist noch mitteilender als der des ersten Hausfreiers. Ihm fließen die Gaben darum reichlicher zu als diesem. Wie er gerade vor dem Skattisch steht, hat der erste seinen Rundlauf durch das Café beendet und kreuzt bei der Rückkehr nach der Tür den Weg des Gefährten.

Die Skater haben einen Augenblick im Spielen eingehalten und sehen sich fragend an. Entnehmen dann ihrem Geldbäpchen etwas und drücken es dem Bittenden in die Hand.

Der erste Kartenverkäufer sieht es. Ihm hatten sie nichts gegeben. Er blickt den anderen prüfend an. Ja: wenn er so stark wie der andere zuckte... wie der Konkurrent... der glücklichere Konkurrent. Hans Bauer,

zuüben, daß die Opfer des Krieges in Deutschland nicht schlechter gestellt werden, als in den Ländern der Entente.

Wir hoffen, nicht nötig zu haben, diesen Appell an das Weltgewissen zu richten. Wir hoffen, daß die Reichsregierung nunmehr sofort das Entsprechende veranlassen wird, um die Kriegsooper in Deutschland aus ihrer verzweifelten Lage herauszubringen.

Mit Hochachtung  
Internationaler Bund  
der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen.  
Bundesleitung.

### Das Grauenhafte.

Am Kaffeestauch sitzen Biere und dreschen einen mörderischen Skat.

Eben ist einer in zerklüfteten Soldatenkleidern eingetreten. Durch die oberen Knopflöcher seines Rockes schlängeln sich fettige Ordensbänder. Er hält Ansichtskarten zwischen den Fingern und bietet sie feil. Sein Kopf wird stetig von der Nachwirkung eines ungeheuren Schreckens, der ihn einmal durchstürzt haben muß, hin und her geschüttelt. Er wendet sich von Tisch zu Tisch. Er geht auch auf die Skater zu.

Drei von denen beachten ihn überhaupt nicht. Der Vierte guckt scheu in das zitternde Antlitz, scheint zu überlegen — und entschließt sich dann, wie die meisten der Gäste, nichts zu geben.

Der Zitternde geht weiter. Von Tisch zu Tisch.

Noch bevor er das Lokal verlassen hat, betritt das ein Leidensgefährte von ihm. Auch er hält eine Mappe voll Ansichtskarten in den Händen. Auch seinen Kopf wirft ein Schütteln hin und her. Aber viel furchtbarer noch als den des anderen. Ein dauerndes, krampfhaftes Zucken durchrüttelt sein Haupt.

Sein Antlitz ist noch mitteilender als der des ersten Hausfreiers. Ihm fließen die Gaben darum reichlicher zu als diesem. Wie er gerade vor dem Skattisch steht, hat der erste seinen Rundlauf durch das Café beendet und kreuzt bei der Rückkehr nach der Tür den Weg des Gefährten.

Die Skater haben einen Augenblick im Spielen eingehalten und sehen sich fragend an. Entnehmen dann ihrem Geldbäpchen etwas und drücken es dem Bittenden in die Hand.

Der erste Kartenverkäufer sieht es. Ihm hatten sie nichts gegeben. Er blickt den anderen prüfend an. Ja: wenn er so stark wie der andere zuckte... wie der Konkurrent... der glücklichere Konkurrent. Hans Bauer,

Schwarzer gezeigt wurde. Er war an der Demonstration direkt nicht beteiligt, sondern begleitete sie aus Neugierde. Vier Jahre im Felde, 1 und 2 und noch irgend so ein Ding, also nach der drilichen Auffassung: ein Aral. Den holte man sich, um den Oberförster herauszubringen. Dieser Oberförster, der, obwohl er kinderlos ist, 3 1/2 Liter Milch pro Tag bezog, den Kindern der Armen die Milche wegnahm, der eine arme Frau im Walde einmal mit dem Stock geschlagen und deshalb verurteilt war. Die in der Menge kochende Erregung mußte ganz besonders auf Schwarzer wirken. Seine Beurteilung gründete sich auf die Tatsache, daß er der allgemeinen Auffassung der Demonstranten Worte verlieh. Seine Ausdrücke (Lump, Schweinehund und ähnlich) sollen sie gelautet haben) waren sicherlich nicht sehr gewährt. . . 4 1/2 Jahre im Felde . . . und — es ist furchtbar! er soll den Zeugen Günther sogar geduzt haben. Danach, d. h. nachdem er den Oberförster zur Rede gestellt hatte, hat er sich wieder an der Hausfuchung noch an sonst irgend etwas teilgenommen, wie auch durch die Beweisaufnahme festgestellt wurde. Trotzdem hat er die schwerste Strafe erhalten.

Bei Verkündung des Urteils lächelte er milde, so, als empfände er: ihr könnt ja nichts dafür — ihr seid so — und wir sind so — aber Recht und Gerechtigkeit sind auf unserer Seite. Und der proletarische Stolz der Einfachheit und Grabheit, des Bekennernutts, prägte sich in seiner Haltung aus. Mit einem fremden Blick auf die Geschworenen ging er davon — und hat — und will nichts zu schaffen haben mit Beuten, die so denken und urteilen. Klasse gegen Klasse mit der Paragrafenwaffe. Ebenso unbegreiflich erscheint dem gesunden Volksempfinden die starre Anwendung des Paragraphen 125 gegen Postleib, der eine einfache und unabwiesbare Menschenpflicht zu erfüllen suchte, indem er mit allen Kräften sich gegen Unwilsche und Gewalttaten stemmte. Alle Zeugenaussagen bestätigten diese seine Bemühungen. Er ist völlig unbescholten.

Die Strafen gegen die übrigen Beurteilten sind bei der Verantwortungslosigkeit und Harmlosigkeit ihrer Taten vollkommen unverständlich. Wir hoffen, daß es bei diesem Urteil nicht bleibt. Und wenn — der Tag der Befreiung wird aus den „ehelosen Landsfriedensbrechern“ Helden machen — Helden, die im

Kampfe des Proletariats ihren Mann gestanden haben.

Zum Schluß ist noch eins zu erwähnen: Die S. P. D., deren Vertreter damals die Hauptangeklagten waren, von der aus auch der Beschluß zur Demonstration ging, die S. P. D. wird hoffentlich nun energischer zur Stützung der Angeklagten eingreifen und die Wiederaufnahme des Verfahrens erzwingen helfen.

**Aus der Provinz.**

Dem Edmund Pahl, Breslau, Steinener Straße Nr. 17, ist verboten im Namen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in irgend einer Weise öffentlich oder intern aufzutreten.

Die Bezirksleitung der S. P. Schlesien.

**Landeshut.** Zu Freiheit, Frieden und Brot gehört auch die Einwohnerwehr! Helfen Dank Herrn Philipp, Oberpräsident, für seine Bemühungen betreffend Einführung der Einwohnerwehr; so sagt der Landeshüter Eriehbürger. Den Rechtssozialisten von Landeshut gereicht es zur Ehre, daß sie den wahren Charakter dieses Gebildes erkannt und die Beteiligung ihrerseits dazu versagt haben. Hoffentlich halten sie ihr Wort. Unsere Gewissen fragen: Hände weg von der „Einwohnerwehr“, die den durch Hunger in Verzweiflung getriebenen Proletariats anstatt Brot blaue Bohnen geben will. Hin-

ein in die U. S. P. D., die das Verwerfliche des bestehenden parlamentarischen Regierungssystems entlarvt und unbedeutend für Einführung des Sozialismus kämpft.

**Soziales.**

Breslau, den 4. März 1920.

Erleichterung beim Austausch der Kistenkarten. Um den vielfach geküßerten Wünschen zur Erleichterung des Rückverkaufs der alten Kistenkarten bei der Städtischen Straßenbahn zu begegnen, wird die Straßenbahnverwaltung die Einführung von S. b. Mts. ab außer in ihrem Gebäude an der Steinstraße auch durch das Verkehrsbüro der Firma Gebr. Barasch, Ring, vornehmen lassen.

Der Circus Carrasani ist in mehreren Sondertransporten in Breslau eingetroffen und hat das Circus-Busch-Gebäude bezogen. Er führt ein großes Personal von Artisten mit sich, darunter zahlreiche Indier, Neges, Malatten, die seinem indischen Schaustück, „Sirbhanga“ das echte Kolorit verleihen sollen. Die Premiere findet am Freitag um 7 Uhr bestimmt statt; die Vorverkaufsstellen sind eröffnet. Am kommenden Sonntag werden 2 Aufführungen veranstaltet werden.

Verantwortlich: für die Redaktion Bernhard Schottländer; für die Inserate Felix Ulrich.

Druck: Buchdruckerei Büffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

**Stadttheater.**  
Donnerstag 6 Uhr:  
Coppelia Della Reinhardt  
Sobengrün.  
Freitag 7 Uhr:  
Wenn ich König wär'.

**Jobe-Theater.**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Der lebende Leichnam.

**Chalia-Theater.**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Frau Warrens Gewerbe.

**Schauspielhaus.**  
Operettenbühne, El. R. 2545  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Die Chkosbarones.  
Freitag 7 1/2 Uhr:  
Die Faschingfee.  
Samstag 8 1/2 Uhr:  
Ein Walzertraum.  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
Die Fledermans.

**Jugendtheater.**  
Sente und täglich 4 1/2 Uhr:  
Aschenbrödel.

**Viktoria-Theater.**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Eheurlaub  
Sonntag 3 1/2 Uhr:  
Nachm.-Vorstellung.

**Lieblich-Theater.**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Otto Reutters verlängertes Gastspiel bis 10. März

**Zeltgarten.**  
Täglich 8 Uhr:  
Gastspiel des Bayerischen Volkstheaters mit dem Sensationsstück Ludwig II.  
Sonstage 2 Vorstellungen

**Möbel.**  
kaufen Sie gut und billig bei der altbewährten Firma (gegr. 1885) Paul Fahroth  
Breslau 2  
Neudorfstrasse 13.  
Militär- und Zivil-Garderobe

**Junge Herr.**  
junge separates möbliertes Zimmer. Nähe Nikolais. 10 an der Expedition dieser Zeitung.

**Eden Theater.**  
Lichtspiele in höchster Vollendung  
Heute  
Erstaufführung 3. Bild der Liebesroman-Serie 1920/21  
Das Medaillon der Lady Sington.  
Drama aus dem Zirkusleben mit Ally Kolberg  
Dazu der übrige Spielplan!

**Ober-Bayern.**  
Gartenstr. 65  
Täglich große Horschler-Konzerte  
Anfang 6 Uhr

**Spiralbohrer.**  
Reibahfen, Gewindebohrer  
nur neue Ware, läuft zu den höchsten Preisen gen. Kaffe Faltin & Strömer, Breslau Leuthenstr. 50, 2. Etg.

**Gummivarren.**  
Reißbinden, Konatsbinden, Spüßsprigen, Endspinnarien, Dauerwäse  
H. Klose,  
Breslau 1, Nikolaistr. 79, 3. Haus vom Ring.

**Schallplatten.**  
werden gratis für 2 alte 1 bezahlt, oder für 4 alte 1 gute  
Musikhaus Melzer  
Jede-Wilh.-Str. 36.

**Uhren.**  
kauft od. repariert  
Felix, Paradiesstr. 6

**Junge Frau.**  
junge separates möbliertes Zimmer. Nähe Nikolais. 10 an der Expedition dieser Zeitung.

**Jupiter Theater.**  
Westendstrasse 50/52  
Ab Freitag, den 5. März  
Der Erbe von Skialdingholm  
Der Roman ein jungen Zigeunerin in 4 spannend. Akten.  
Ferner ein gutes Beiprogramm  
Jeden Sonntag Gr. Kindervorstellung.

**Union Theater.**  
Grassenstr. 6  
Sensat. Großstadtsittenbild  
Die Sünden der Väter!  
Erschütternde Leidenschaftstragödie der am Liebe u. Lebensglück betrogenen  
Revolution im Boudoir  
Famose Reinfall eines Mitzglügers  
Erstklassige Rezitation!

**Inferate.**  
hat in der Schl. „Ach-3ig.“ größten Erfolg.

**Neu!**  
Upton Sinclair „Jimie Higgins“ Roman des revolutionären Sozialisten Preis 6.60 Mk.  
Aktionsprogramm vom Dezemberpartei Preis 0.10 Mk.  
Liebknecht Zuchthausurteil Preis 3.30 Mk.  
und vieles andere.  
Besuchen Sie unseren Laden  
Auswärtige fordern Bestell-Listen an!  
Nikolaistr. 49/50!  
Kein Kaufzwang!

**Eine Schandgebisse.**  
ist es, wenn Sie Ihre alten künstlichen, auch zerbrochenen  
sowie einzelne Zähne bei der Konturrez zu billig verkaufen, denn wir bei Hotel „Deutsches Haus“, Albrechtstrasse 22/23 (Zimmer Nr. 10), erhalten Sie die allerhöchsten Preise  
pro Gebiß bis 1500 M.  
pro Zahn bis 100 M.  
Platin, Brennstifte, Kontakte, Gold, Silberwaren  
weil höherer Tagespreis.  
Einkauf: Täglich von 9 Uhr früh bis 7 Uhr abends.  
Kaufe auch en gros.

**Walhalla Theater.**  
Wachtplatz  
Henny Porten's Fahrt ins Blaue  
Fess. Liebesroman einer Warenhauskassiererin  
Die Verlorne und ihr Erlöser  
Packendes Sittenbild  
Erstklassige Rezitation!

**Brautpaare billige Möbel.**  
2 für. Schrank mob. 250 M.  
2 für. Ventil 250 „  
1 Tisch m. Schublade 65 „  
4 Stühle à 21 „ 84 „  
2 Seifstellen m. Matr. 420 „  
1 Kiste, 7 teil. mob. 400 „  
alles zus. 1469 M

**Max Giesel.**  
Brüderstraße 23.

**Achtung! Wo?**  
kauft man neue und geb. Möbel sowie gasse Einrichtungen am billigsten und vorzüglichsten?  
Bei H. Kluge,  
Neumarkt 12, nur l. Etg.

**Eine Million in bar**  
können wir Ihnen nicht zahlen. Wohl aber erhalten Sie die allerhöchsten Preise, die je gezahlt werden für Ihre alten künstlichen, auch zerbrochenen  
**GEBISSE**  
wenn Sie dieselben ins Hotel zur „Post“  
Albrechtstr. 28/29, Zimmer 8, l. Etg. 5 Minuten vom Ring entfernt, bringen.  
Für ein Gebiß zahle bis 1500 Mark pro einzelnen Zahn bis 100 Mark.  
Für Brennstifte, Platin, Gold- u. Silberwaren den höchsten Preis der überhaupt gezahlt wird. Einkauf von 9 bis 7 Uhr.  
Kaufe auch en gros.  
Nur die Ueberzeugung macht wahr!

**Zigarren**  
**Zigaretten**  
Billigste Preise  
auch für Wiederverkäufer  
(Großhandelserlaubnis)  
Zigarngeschäft Bischofstr. 12 neben König von Ungarn.

**Kein Reklamepreis**  
Lassen Sie sich durch andere Reklamepreise u. Hotels nicht täuschen, denn nur im Hotel Schneekoppe  
Teichstr. 23, Zimmer 1, 2 Minuten vom Hauptbahnhof, erhalten Sie, wie bekannt die höchsten Preise f. alte künstliche, auch zerbroch.

**Gebisse.**  
Ganze Gebisse in Gold u. Platin bis 1500 Mk., pro Zahn bis 100 Mark.  
Für Brennstifte, Platin, Gold- und Silberwaren zahle ich weit über den Tagespreis.  
Einkauf findet statt: Täglich v. 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends.  
Kaufe auch en gros, wie von Händlern und Dentisten. Bitte genau auf Strasse und Hausnummer zu achten.

**„Holznot-Breslau“**  
Telephon: Ring 3990 und 9834  
verkauft Brennholz  
1/10 Nm. Mt. 10. — ab Werke  
Siebenhufenerstraße 33 Telephon Ring 108  
Friederstraße 2 Telephon Ring 232  
Festst. Sanderbach'scher Holzplatz, Telephon Ring 1520  
Die Gewerliche Arbeitsgenossenschaft  
Siebenhufenerstraße  
Einkauf für Holz: von 1/10 Nm. und mehr frei Keller Mt. 1.80 per 1/10 Nm.

**Sarrasani**  
Die Schan der tausend Wunder  
Premiere:  
**Morgen**  
Freitag, 7 Uhr:  
**Circuskunst**  
und das altindische Schaustück  
**Sirbhanga**  
oder  
Das Henkerfest von Singapore  
Der Vorverkauf hat begonnen an der Circuskasse ab 10 Uhr morgens ununterbrochen u. bei Paul Jeglors & Co., Ohlauer Straße 38, Killan & Co., Tauentzienplatz, Ecke Neue Schweidnitzer Straße.

**Zahle**  
höchste Preise für künstliche  
**Zähne u. Gebisse**  
Bude am Hintermarkt,  
vis-à-vis von Barasch,  
am Bankhause von E. Heilmann.

**Achtung!**  
Wo kaufen wir unsere Zigarren, Zigaretten u. Tabak sowie alle bekannten englisch, Zigaretten nur reiner orientalische Tabak, auch mischweise?  
Friedrich-Wilhelm-Straße 18, en gros — Hausflur — en detail.  
N.B. Bei Einkauf von 100 Stück Preisermäßigung. Bezogener dieses Inferats erhält 50 Pf. Rabatt.

**Alte auch zerbrochene Gebisse**  
Zähne, Brennstifte, Platin, alte Gold- und Silbersachen erhalten Sie nur  
**Neumarkt 13, l.**  
Eingang Breitestr. b. Franke über d. höchsten Tagespreis bezahlt.  
Einzelne Zähne bis 100 Mk.  
Ganze Gebisse bis 1500 Mk.  
**Einkauf täglich von 8-6 Uhr.**  
Vorzahlung dieses erhält 5%, Preisermäßigung.

**Flüchtlinge, Landleute**  
und Private. Beim Einkauf von Möbeln aller Art werden auch an R. W. Stache, Deulner Straße 9.